

kommen verfertigt worden sind und daß hiervon rund 940000
Bruttoregistertonnen auf die englische Handelsflotte ent-
fallen. Zum hundertstenmal, und so oft Sir E. Geddes
über ein englischer Minister dies noch für nötig halten
wird, werden bei den auch nach britischen Urteil teils
erlogenen, teils verschleierten englischen Zahlen, die nach
deutschen Berichten und genauesten und sorgfältigster Prü-
fung ermittelten deutschen Zahlen gegenübergestellt. Die
deutschen Behörden haben nicht, wie der erste Lord zwei-
felslos gegen besseres Wissen behauptet, 3 1/2 Millionen, d. h.
rund 58 Prozent vertriebenen Schiffsraumes hinzufanzelt,
sondern die englischen Behörden lägen diesen Betrag von
der wahren Zahl herunter. Wir verweisen auf die Jahres-
übersicht der englischen Nachrichten für Schiffsverkehr,
„Daily Freight Review“, die auf Grund der Berechnungen
aus Lloydregister von 1914/15 bis 1917/18 zu einem Kriegs-
verlust von Kriegsbeginn bis Juli 1917 von zusammen
9264000 Br.-R.-T. kommt, d. h. also, zu fast dem gleichen
Ergebnis wie die deutschen amtlichen Berechnungen
mit 9700000 Br.-R.-T. Ein weiterer Reue ist der
Verlust der englischen Schiffsflotte, Sir Joseph Macle,
der nach der Angabe der amerikanischen Zeitung „Public
Opinion“ den Verlust der englischen und neutralen Handels-
flotte durch feindliche Maßnahmen des Feindes vom März
1917 bis September 1917 auf sechs Millionen Bruttoreg-
istertonnen angibt gegenüber 6152000 Br.-R.-T. von un-
serer amtlichen Angaben. An einer Stelle spricht Sir
E. Geddes von den Verlusten einschließlich der natürlichen,
gibt aber nicht an, wie groß diese sind. Auch dadurch wird
natürlich jede Nachprüfung unmöglich. Die Behauptung,
daß wir mit der Januarverfeuerungsziffer um 113 Prozent
übertrieben hätten, bleibt ohne Beweis und ist erlogen.
Wenn Sir E. Geddes es anzuhalt findet, daß wir seit
Veröffentlichung der Januarverfeuerungsziffer bisher nie
mehr eine Verfeuerungsziffer angegeben hätten, was natür-
lich unser schlechtes Gewissen beweisen soll, so erlauben wir
uns, den ersten Lord darauf aufmerksam zu machen, daß
seit Veröffentlichung der letzten Zahl bis zum Datum seiner
Rede noch kein Monat verstrichen war. Würde er noch
wenige Tage gewartet haben, so hätte er die unterdessen
beamtete Zahl von 690000 Br.-R.-T. mit in sein
Angenommen einbeziehen können. Die Ausführungen am
Schlusse der Rede, daß man, um den Stand der Tonnen-
raumfrage richtig zu beurteilen, die drei Faktoren der
Bewachung der Bergung und Wiederherstellung havarierter
Schiffe und des Schiffsneubaus zusammen als un-
unterscheidbares Ganzes betrachten müsse, ist eine nichtslagen-
de Phrase.

Frankösisches Senatsvorschriften. Das französische
Kriegsministerium hat der Presse gestern abend zugleich
mit dem Tagesbericht von 11 Uhr folgende Mitteilung zu-
gegeben: Die Möglichkeit einer feindlichen Offensive hat
die Regierung veranlaßt, im Voraus die unbedingten
Regeln festzusetzen, denen sich die Presse während dieses
Krieges und besonders beim Beginn zu unterwerfen hat.
1. In Berichten über die Ereignisse dürfen nur veröffentlicht
werden: a) die aus dem Großen Hauptquartier
stammenden Herrschaftsberichte über die Operationen, b) Artikel
der beim Großen Hauptquartier ausgearbeiteten Kriegs-
korrespondenten, die mit dem Willen des Kriegsmini-
steriums versehen sind. 2. Sachliche Artikel zur Beurteilung
der Lage müssen derart abgefaßt sein, daß sie nichts ent-
halten, was in Widerspruch steht mit dem Sinn der amt-
lichen Tagesberichte. Die Schlussfolgerungen derartiger
Artikel dürfen weder Übertreibungen enthalten, noch von
Geldäuterungen begleitet sein, die den Feind unterrichten
können. Die Veröffentlichungen von Informationen und
Artikeln ohne amtliche Genehmigung sind den strengsten
Strafen ausgesetzt.

Ein Protest Hollands. Aus dem Haag wird gemeldet:
Das Korrespondenz-Bureau berichtet: In der ersten Kam-
mer teilte Minister Louden mit, daß er gestern morgen
auch von dem Gesandten aus Washington Bericht erhalten
habe, daß die amerikanische Regierung die Beschlagnahme
unserer Schiffe beschloß und den Beschluß bereits zur
Ausführung gebracht habe. Der genaue Text der Prokla-
mation von Wilson ist ihm noch nicht bekannt. Ohne nur
einen Schein von Recht ist man zu dieser Maßregel über-
gegangen. Ein energischer Protest der Regierung gegen
dieses Vorgehen werde in beiden Kammern und im ganzen
Lande Widerhall finden. Wenn das Volk die Prüfungen,
die ungewissheit die Folgen dieser Ereignisse sein werden,
überstanden haben wird, wird es der Regierung nicht vor-
werfen können, daß sie nicht alles getan habe, dem Volk
diese Prüfung zu ersparen. Verschiedene Redner schlossen
sich dem Protest der Regierung an. — Im englischen
Unterhaus gab Lord Robert Cecil die Erklärung ab, daß
die britische und die alliierten Regierungen beschloßen
hätten, die holländischen Schiffe, die in ihren Häfen liegen,
in Besitz zu nehmen. Sie würden am Ende des Krieges
die Schiffe zurückgeben oder die verlorenen ersetzen. Sie
würden die Eigentümer für diese Verluste, die durch das
Vorgehen des Feindes verursacht sei, entschädigen. Sie
würden sich ferner verpflichten, daß holländische Schiffe, die
von heute ab holländische Häfen verlassen, nicht ohne Ver-
einbarung der Verbündeten in den Dienst gestellt würden,
und sie würden endlich 50000 Tonnen Weizen oder die
entsprechende Menge Mehl in einem nordamerikanischen
und die gleiche Menge in einem südamerikanischen Hafen
sobald wie möglich für Holland bereitstellen. — Aus
Washington wird gemeldet: Die Kapitane der gestern beschlag-
nahmen niederländischen Schiffe verlorsten allgemein die-
selbe Art des Vorgehens. Sie machten die Offiziere, welche
die Beschlagnahme vornahmen, auf den Antrag im Wege
der Beschlagnahme vorzunehmen, auf den Antrag im Wege
unter Protest abgeben. Die Beschlagnahme der Schiffe
ging ohne Störung vor sich. — Die Deister Studenten sind
vorgestern Abend vor dem amerikanischen Gesandtschafts-
gebäude erschienen und haben, nachdem der Gesandte ihren
Besuch abgewiesen hatte, vor der Gesandtschaft vater-
ländische Lieder gesungen, gepfiffen, gesöhlt und gespielt.
Auf dem Rückwege verhielten sie englische Internierte und
sangen dann vor dem Kal. Palais patriotische Lieder.

**Der russische Bevollmächtigte in London zum Ein-
greifen Japans.** Nach einer Meldung des „Nieuwe
Rotterd. Cour.“ aus London schreibt der russische Bevoll-
mächtigte in London Litvinow an den „Manchester, Queen-
stown“: Der Plan einer japanischen Offensive in Rußland
ist durch den langen, ununterbrochenen Strom von Gerüchten
aus dem Osten, gleichgültig ob sie offiziell bestätigt sind
oder nicht, offenbar genügend vorbereitet. Es wäre möglich,
alle tödlichen Gerüchte einzeln in Abrede zu stellen. Man
kann nicht verhindern, daß sie immer wieder erwachen. Von-
seiten der Alliierten werden außer dem noch zwei Wor-
mäße für eine japanische Intervention in Rußland vor-
gebracht, nämlich die Notwendigkeit, dem zunehmenden
deutschen Einfluß entgegenzutreten, und die Notwendigkeit,
Ordnung und Freiheit wiederherzustellen. Obwohl der
Frieden mit Deutschland formell unterzeichnet ist, kann nie-
mand ernstlich daran zweifeln, daß es zwischen den deut-
schen Imperialisten und den russischen Revolutionären zu
einer Zusammenarbeit nicht kommen wird. Es wird die ganze
russische Weltkraft dazu nötig sein, den zunehmenden imperio-
listischen Neigungen Deutschlands die Stirn zu bieten. Die rus-
sische Regierung war bereit, zu diesem Zwecke die Mitteln
und Unterstützung von befreundeter Seite an-
zunehmen, ohne sich auf formelle Bündnisse einzulassen. Die
Intervention Japans aber würde nicht nur ein solches
Zusammengehen unmöglich machen, sondern notwendiger-
weise auch zu einer neuen Feindschaft im Osten führen.

Die Kampfentscheidung unter den Arbeitern in Rußland
nimmt fortwährend zu. Es würde Deutschland gerade aus
diesem Grunde erleichtert werden, das europäische Rußland
zu überrennen, bevor die Japaner den Baisal-See erreicht
haben. Deutschland würde durch ein Vordringen Japans
besonders geradezu ein formeller Vorwand geboten werden.
Wie immer man es betrachtet mag, die Besetzung Sibiriens
durch Japan kann für keinen der Alliierten irgendeinen
Vorteil mit sich bringen. Der Vorteil würde ausschließlich
Deutschland und Japan zugutekommen.

Die Rabatten protestieren gegen den Friedensvertrag.
Die Agence Havas teilt der französischen Presse im Wort-
laut eine Erklärung mit, welche die russische Partei der
Volksfreiheit, die ehemaligen Rabatten, dem russischen Ge-
neralkonsul in Moskau überreichte, um gegen den Frieden
mit Deutschland zu protestieren, den das russische Volk
niemals ratifizieren werde.

Eine Erklärung des rumänischen Ministerpräsidenten.
Aus Bukarest wird gemeldet: Der neue Ministerpräsident
Maraschoman hat in Bukarest und Jassyer Reden
nachdem die Fundation veröffentlicht: Nach Eintritt der
von General Averescu geleiteten Regierung wurde ich von
S. M. dem König mit der Bildung des Kabinetts betraut.
Die erste Aufgabe, die das neue Ministerium zu erfüllen
haben wird, wird die sein, innerhalb der angegebenen Frist
Frieden zu schließen, dessen Grundlage durch den am
5. März neuen Stills unterzeichneten Brämlinartfrieden
festgelegt wurde. Die Bedingungen des Brämlinartfriedens
wurden bereits zum Teil ausgeführt. Zur Erfüllung dieser
schweren Aufgabe wird die Regierung ihre ganze Kraft und ihr
ganzes Ansehen einsetzen müssen, damit die Opfer, die dem
Vaterland auferlegt werden, dessen wirtschaftliche und poli-
tische Macht möglichst wenig schwächen. Die zweite Auf-
gabe, die wir zu erfüllen haben, ist die der moralischen
Wiederherstellung und der Reorganisation auf allen Gebieten
des Staatswesens. Die schmerzliche Erfahrung, die das
Land gemacht hat, zeigt, wie dringend und gebieterisch die
Lösung der Aufgabe ist. In diesem Sinne macht die Re-
gierung aus einer vollständigen und glücklichen Lösung der
Agrarfrage wie auch der Verurteilung weiterer Massen des
Volkes zum politischen Leben zwei wertvolle Punkte ihres
Arbeitsprogramms. (gen.) Maraschoman. — Jassyer Reden
wurden gehalten, die das rumänische Parlament aufgeführt
wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden. — Die ab-
laufende Waffenruhe mit Rumänien wird eine abermalige
kurze Verlängerung erfahren; man erwartet, daß der
Friedensvertrag in kurzer Zeit abgeschlossen werden wird.

Das deutsch-dänische Handelsabkommen, das am
1. April abläuft, ist auf weitere vier Monate verlängert
worden. Die Verhandlungen nahmen, laut „Verlingste
Tidende“, einen für die dänischen Interessen befriedigenden
Verlauf. Das Ergebnis der Verhandlungen ist die Fort-
setzung des Warenaustausches mit Deutschland und Dester-
reich-Ungarn im wesentlichen gleichen Umfange wie bisher.

Eine bevorstehende Rede Lord Greys. Lord Grey,
der frühere englische Staatssekretär, wird anlässlich der
nächsten Tagung des Oberhauses über die auswärtige
Politik zur Vorgesichte des Hauses sprechen.

Serbische Friedenshoffnung. Die Agence Havas teilt
erklärt, daß das neue serbische Kabinett entgegen den auf
Vererbung der venedizianischen Kreise abzielenden Erklä-
rungen der serbischen Gesandtschaft in Athen nicht abge-
neigt sei, sich in Verhandlungen mit den Mittelmächten
auf der Basis des status quo ante und unter Einwirkung in
gewisse territoriale Zugeständnisse in Bulgarien im Süden
einzulassen.

Sächsischer Landtag.

Wfl. Dresden, 22. März.

Erste Kammer.

Am Regierungstische Staatsminister Dr. Graf
Biblum v. Gschäft, v. Seubowitz und Dr. Raquel. Beginn
der Sitzung 11 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zu-
nächst das Königl. Dekret betr. die Feuerungs- und
Wärme-Verordnungen. Der Bericht über die Feuerungs- und
Wärme-Verordnungen der Deputation in Ueber-
einstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer
die Vortage zu verabschieden. Im letzten Augenblick habe
die Erste Kammer diesen wichtigen Gegenstand von der
Zweiten Kammer herüberbekommen. Wenn das Haus ihn
nicht heute in der letzten Sitzung vor den Ferien erledige,
so könnten die gesamten sächsischen Beamten und Arbeiter
für den ersten April in Aussicht genommenen Feuer-
ungszulagen nicht erhalten. Es beständen zwar noch Ver-
einbarlichkeiten zwischen der Regierung und der
zweiten Kammer. Er hoffe aber, daß diese durch ein
Entgegenkommen der Regierung sich ausgleichen würden,
und bitte die Regierung, ihren Widerstand gegen Dr. von
der Zweiten Kammer beschlossene 10prozentige Erhöhung der
Zulage an die Arbeiter aufzugeben. Oberbürgermeister
Dr. Roth v. Leipzig: Die Vertreter der Städte würden
den Antrag der Deputation zustimmen, obgleich sie wün-
schen, daß diese Grundzüge dann auch auf die Gemeinde-
beamten ausgedehnt werden müßten und den Gemeinden
größere Kosten verursachen würden. Das Königl. Sach-
sen müsse sich dem Vorgehen Preußens und des Reiches in
dieser Hinsicht anschließen. In Preußen habe man aber
den Arbeitern eine Lohnzulage gewährt und nicht pro-
zentuale Zulagen. Wfl. Geh. Rat Dr. Bach bean-
tragt die einstimmige Feuerungszulage allen Beamten, also
auch den höheren Beamten, zu gewähren. Oberbürgermeister
D. Dibelius: Wenn angängig, sollte auch den Geis-
lichen und ihren Hinterbliebenen, die mehr als 3800 Mark
Gesamteinkommen haben, die einmalige Feuerungszulage
gewährt werden.

Finanzminister v. Seubowitz: Mit der Zweiten
Kammer sei ein Kompromiß geschlossen worden. Die Re-
gierung müsse aber wiederholt erklären, daß jetzt weitere
Ansprüche an sie nicht herantreten dürften. Das neue
Gesetz bringe erhebliche Verbesserungen auch für
die Geislichen. Den Antrag Bach bitte er abzulehnen.
Inwieweit das 10prozentige Zuschlag für die Arbeiter sei
die Regierung auf dem Standpunkte des Bürgermeisters
Dr. Roth. Das Dekret erfolge den Zweck, einen Aus-
gleich zwischen den stark gestiegenen Löhnen der Arbeiter
und den zurückgebliebenen Gehältern der Beamten zu
schaffen. Die Regierung könne zu ihrem Bedauern dem
Antrag auf Gewährung eines 10prozentigen Zuschlages nicht
zustimmen. Der Grund hierfür liege weniger in finanziel-
len als vielmehr in verwaltungstechnischen Gründen.
Lebiger würde die Auszahlung der Feuerungszulagen
auch dann erfolgen, wenn heute noch Differenzpunkte übrig
blieben sollten. Der Berichterstatter Wfl. Geh. Rat Dr.
Wachner empfiehlt die Annahme des Antrages Bach
auf Einbeziehung der höheren Beamten in die einmalige
Feuerungszulage. Der Antrag Bach findet hierauf An-
nahme. Auf Antrag des Kammerherrn Dr. E. Ahrer
von E. Ahrer-Dahlen, wird über den Teil des Deputations-
antrages, der den 10prozentigen Zuschlag auch auf die er-
höhten Arbeiterlöhne ausdehnen will, namentlich
abgestimmt. Er wird gegen sechs Stimmen angenommen.
Hierauf wird der ganze Rest der Deputationsanträge zu dem
Dekret in einfacher Abstimmung angenommen. Sodann
tritt eine halbstündige Pause ein. Nach Wiedereröffnung
der Sitzung kommt der Gesetzentwurf über das staatliche
Kohlenbergbaurecht sowie die hierzu eingegan-
genen Petitionen zur Beratung. Wfl. Geh. Rat
Professor Dr. Bach empfiehlt als Berichterstatter die
Annahme des Regierungsentwurfes mit den von der De-

putation beschlossenen Änderungen. Das Dekret bedeute
einen tiefen Eingriff in die Privatwirtschaft und zu-
gleich einen Schritt zur Staatswirtschaft. Die Regierung
erstrebe mit dem Entwurf kein Staatsmonopol. Aber
bei dem Umfang des Regals und dem Abstreifen einer
Entwicklungsfähigkeit des privaten Bergbaues ergebe sich
von selbst, daß später die Staatswirtschaft auf dem Ge-
biet des Kohlenbergbaues die Privatwirtschaft verdränge.
Es handle sich hier um die Frage: Sollen wir in die
Hände des Privatmonopols fallen oder in die Hände des
Staates? Das Letztere sei vorzuziehen. Die Uebermacht
der Trusts erwecke eine düstere Zukunft. Finanzminister
von Seubowitz: Es sei ein dringendes Gebot, daß die
Regierung die Ausnützung der freien Kohlenfelder des
Landes der Privatwirtschaft entziele. Das Recht der
Oberflächenbesitzer werde durch das Kohlenregalgesetz in
keiner Weise beeinträchtigt werden. Daß die Grundbesit-
zener entschädigt werden müßten, sei von der Regierung
nie in Abrede gestellt worden. Es würde der Regierung sehr
angenehm gewesen, wenn sich die Deputation mit der von
der Regierung vorgeschlagenen Förderabgabe begnügt hätte.
Sie erklärte sich jedoch vorbehaltlich der Zustimmung der
Zweiten Kammer bereit, eine Vorentscheidung, wie sie
die Deputation der Ersten Kammer empfehle, zu gewäh-
ren. Die Regierung tue alles, um den Grundbesitzern
das von ihnen verlangte Opfer im Interesse der
Allgemeinheit erträglich zu machen. Geh. Kommerzienrat
Dr. Kretschmer: Er könne sich für das staatliche Kohlen-
regal nicht erwärmen, da dieser Schritt zu weiteren Ein-
griffen des Staates führen müsse. Kammerherr v. San-
derleben erklärt sich aus dem gleichen Grunde gegen
die Annahme des Dekrets. Graf v. Solms-Wildenfels:
Zu seiner Annahme sei eine Zweidrittelmehrheit erforder-
lich. Justizminister Dr. Raquel: Der Inhalt dieses Ge-
setzes sei nach der Ueberzeugung der Justizverwaltung nicht
an die Strafen des § 31 der Verfassungsurkunde ge-
bunden. Der Berichterstatter Geh. Rat Prof. Dr. Bach
erklärt ebenfalls, daß eine Verfassungsverletzung nicht vor-
liege. Geh. Kommerzienrat v. Seubowitz v. Seubowitz verneint
die Notwendigkeit der Einführung des Kohlenregals, da
es einen Eingriff des Staates in die Rechte der Grundbesit-
zener bedeute. Kommerzienrat Leonhardt: Es sollten
tunlichst alle Kohlenfelder, soweit sie abbaufähig sind, in
geordnetem Verfahren auch zum Abbau gelangen können.
Kammerherr Dr. v. Kottb. v. Kottb. v. Kottb. v. Kottb.
wünscht der Regierung, die Kohlen in ihre Hand zu
bekommen, lehnt aber den von ihr vorgeschlagenen Weg
den Grundbesitzern ihr Eigentum zu nehmen. Ober-
bürgermeister Blüher-Dresden stellt seine früheren Be-
denken gegen die Einführung des Kohlenregals zurück im
Interesse der Verbraucher, besonders der Industrie. Die
Regierung möge dafür sorgen, daß ein geordneter Kohlen-
verkehr stattfinden kann. Die Finanzlage des Staates
spreche ebenfalls für das Kohlenregal. Oberbürgermeister
Seil-Weidenau erklärt nochmals die verfassungswidrige
Seite. Finanzminister v. Seubowitz weist die in der
Aussprache vorgebrachten Bedenken und Beschränkungen zu-
rück. Nach einem Schlußwort des Berichterstatters tritt
das Haus in die Einzelberatung der Paragraphen ein und
nimmt nach kurzer Aussprache das ganze Gesetz nach der
Vorlage mit den Änderungen der Deputation gegen 10
Stimmen an. Der Antrag des Grafen v. Solms-Wilden-
fels, das Gesetz für eine Verfassungsänderung zu erklären,
wird mit 24 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Die Petitionen
werden, soweit sie nicht durch die gestellten Beschlüsse er-
ledigt sind, der Regierung zur Erwägung überwiesen. Da-
mit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Frei-
tag, den 12. April, vormittags 11 1/2 Uhr. Schluß 7 1/2 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot. Der Wohnungs-
ausdruck des Reichstages ist, wie das „V.“ mitteilt, zu
einer Reihe von Beschlüssen für die Bekämpfung der nach
dem Kriege zu erwartenden Wohnungsnot gekommen. In
die Spitze der Beschlüsse wird die Forderung gestellt, daß
das neugebildete Reichswirtschaftsrat die Leitung einer
planmäßigen und umfassenden Wohnungsherstellung nach
dem Kriege übernehmen solle. Da eine Neubautätigkeit
allein auf privatwirtschaftlicher Grundlage unmöglich sei,
so wird die Bereitstellung von 500 Millionen Mark aus
Reichsmitteln zur Gewährung von Bauzuschüssen und
billigen Darlehen sowie zur Bildung eines Wirtschafts-
fonds gefordert. Dabei wird eine Beteiligung der Bundesstaaten
und der Gemeinden in gleichem Umfange vorausgesetzt.
Es würden darnach im ganzen 1000 Millionen Mark für
den dringenden Wohnungsbedarf nach dem Kriege zur
Verfügung gestellt werden — eine Summe, mit der sich
schon etwas anfangen läßt. Im einzelnen gibt dann die
Wohnungskommission noch eine Reihe von Anregungen,
aus denen das Wichtigste nachstehend wiedergegeben sei:
Bei dem Mangel an Baustoffen aller Art ist die baldige
Wiederinbetriebsetzung der Baustoffindustrie durch recht-
zeitige Entlassung von Arbeitskräften aus dem Geere
und Bereitstellung ausreichender Kohlenmengen dringend
erforderlich. Die bei der Deeresverwaltung freiwerdenden
Baumaterialien sind zur Weitergabe an Gemeinden in
denen Wohnungsmangel herrscht, zu billigen Preisen abzu-
geben. Da trotzdem die Menge der so erstellten Baustoffe
in der ersten Zeit nach dem Kriege aller Voraussicht nach
dem vorhandenen Bedürfnis nicht genügen wird, so ist da-
für Sorge zu tragen, daß alle Bauten nur in der Reihen-
folge ihrer Dringlichkeit zur Ausführung kommen. Ins-
besondere sind Wurzbauteile bis auf weiteres ganz zurück-
zustellen. Zur Unterbringung Wohnungsloser sind zweck-
entsprechende Familienwohnparaden zu errichten und zu
mäßigen Preisen zu vermieten. Das Baumaterial für sie
ist möglichst noch während des Krieges bereitzustellen. Es
empfiehlt sich, solche Paraden in der Nähe von Bahnhöfen, und zwar
so anzulegen, daß für jede Wohnung ein Gemüsegarten
und nach Bedarf auch Stallung und Kleinvieh gegeben wird.
Sofort nach Friedensschluß ist zugleich mit einer plan-
mäßigen und umfassenden Erstellung geänderter, zweckmäßig
eingereicherter Dauerwohnungen möglichst im Flach-
bau zu beginnen. Der Durchführung dieses Programmes
werden Erhebungen über den voraussichtlichen Bestand
an Wohnungen, die Bereitstellung von Bauplänen und
Arbeitskräften empfohlen. Als Ausbildungs- und Ver-
mittlungsgänge für die künftige Wohnungsherstellung
werden die Gemeinden bezeichnet, auch werden für größere
Gemeinden Wohnungskämmer gefordert.

Zum Fall Daimler. Aus Berlin wird gemeldet: Im
Sindick darauf, daß die Zweigniederlassung der Daimler-
Motoren-Gesellschaft in Berlin-Wartenfeld mit der Daimler-
Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim in Württemberg wirt-
schaftlich und finanziell eng zusammenhängt und daß die
Bezeugnisse der vom stellvertretenden Generalkommando des
13. Armeekorps über die Daimler-Motoren-Gesellschaft in
Untertürkheim angeordnete militärische Aufsicht nicht über
den Befehlsbereich des 13. Armeekorps hinausgeht, daß das
Oberkommando in den Warten die Zweigniederlassung der
genannten Gesellschaft in Wartenfeld ebenfalls unter mili-
tärliche Aufsicht gestellt.

Im Reichsanzeiger wird eine Bekanntmachung
über Maßregeln für Frühgemüse veröffentlicht.
Auszeichnung Kapitän v. Müller. Der Kai-
ser hat dem früheren Kommandanten der „Emden“, Fre-